

Die Verantwortung der Politik

Uns wird aktuell von Wissenschaftlern erläutert, eine Aufhebung der Krisenbestimmungen, vor allem der Beschränkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Bewegungsfreiheit könnte nur unter einer Bedingung erfolgen. Eine Bedingung, die ausschliesslich in Luxemburg formuliert wird: die Durchführung von Covid-Massentests. Eine solche Vorgehensweise wurde nirgendwo sonst auf der Welt gewählt, niemand in irgend einem anderen Land verstiege sich zu der Behauptung, es könne keine flächendeckende Lockerung der Corona-Beschränkungen geben, ohne dass die gesamte Bevölkerung getestet würde. In Luxemburg übernimmt die Regierung diese völlig unbewiesene und unbeweisbare Forderung einiger lokaler Wissenschaftler und leitet das Testen aller tagsüber hier anwesenden Menschen in die Wege, Grenzgänger eingeschlossen. Die Politik der Regierung besteht daraus, eine wissenschaftlich mehr als fragwürdige Demarche zu legitimieren.

Lockdowns werden weltweit aufgehoben, ohne dass die gesamte Bevölkerung getestet wird, und das ist völlig logisch und normal. Ein einmaliger Test hat keinen Zweck, und die gesamte Bevölkerung jeden Monat einmal zu testen ist logistisch unmöglich. Genau das müsste die Politik den Menschen erklären. Sie müsste erklären, dass wir einfach wieder als Gesellschaft funktionieren müssen, auch wenn sich ein Virus bei uns breit macht. Dass es dafür Regeln geben muss und wird, von Abstand und Hygiene, von Achtsamkeit und Respekt voreinander, aber dass nicht jeder getestet werden muss, um frei herumlaufen zu können. Dass man durch Tracing – ja, auch mit technologischer Unterstützung! – die Verbreitung des Virus aufhalten kann, und nicht durch ständiges Durchtesten jedes Einzelnen überall in der Gesellschaft.

Nirgendwo auf der Welt werden derzeit ähnliche Massnahmen getroffen oder vorbereitet, wie bei uns. Dass man sich zu deren Durchführung über Gesetze und Regeln hinwegsetzt, macht die Sache nur noch schlimmer. Wer jemandem 145 Euro Strafe aufbrummen kann, wenn dieser ohne Maske einen Lift mit einer anderen Person zusammen benutzt, der müsste Aufträge von vielen Millionen Euro durch öffentliche Ausschreibung vergeben, wie es das Gesetz verlangt, auch in Krisenzeiten. Die Regierung dürfte unter keinen Umständen die Benutzung eines bestimmten Tests begünstigen, der nur von einer bestimmten Laborfirma ausgewertet werden kann, und der – im Gegensatz zu Dutzenden anderen möglichen und auf dem Markt verfügbaren Tests – vor ein paar Wochen noch nicht einmal zugelassen war. All diese Entscheidungen könnten und müssten vor Gericht angefochten werden.

Eine an sich schon unnötige Massnahme wird dadurch umso inakzeptabler gemacht, dass sie ausserhalb der Legalität stattfindet, zum finanziellen Nutzen einiger Akteure des medizinischen Geschäfts. Es gibt weder das Personal, das die Tests durchführen soll, noch die nötigen Auswertungskapazitäten. Und weil sie nicht ständig wiederholt werden kann, und deswegen die Entwicklung der Prävalenz des Virus nicht verfolgt werden kann, sind die Massentests à la luxembourgeoise schlicht Unsinn. Sehr teurer Unsinn.

Die Politik trägt die Verantwortung dafür, dass solcher Unsinn eben nicht passiert, auch wenn Wissenschaftsunternehmer ihn im eigenen Interesse fordern. Wenn sie ihn nicht nur zulässt, sondern ihn auch noch befördert, bewegt sie sich auf das Terrain der Willkürherrschaft. Diese ist im Rechtsstaat ausgeschlossen. Allerdings nur im Rechtsstaat.

Frank Engel

©Lëtzebuurger Land 15.5.2020